

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 41.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsverträge pro halbjährige Zeitung oder deren Raum 25, für Jahrg. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 12. Oktober 1907.

Berlag: A. Dohrbach, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
S. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. A. G. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

Zur Beachtung!

Seite ist der 41. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen

bestehen in **Hamburg und Langenberg (H.)**.
An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in **Meißen und München**.
Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Bilanz.

Die letzte Hochkonjunktur, die einen reichen Dividendenregen über das Unternehmertum ausgoß, dessen Ernte teilweise jetzt erst richtig beginnt, war begleitet von einem außerordentlichen Hinausschnellen aller Warenpreise. Die Unternehmer deklarierten die Verteuerungen als natürliche Folgen enorm gestiegener Arbeitslöhne. Und dann zog man entrichtet gegen die Begehrlichkeit der Arbeiter als des Uebels Ursachen los. Die Agrarier, die durch erhöhte Zölle einen guten Teil der Beute einheimsten, griffen fröhlich ein in die Hag gegen die Arbeiterschaft, der man durch verteuerte Lebensmittelpreise das bisshen Lohnerhöhung wieder abnahm. Auf dem Boden des Arbeiterhaßes fanden sich Industrie-Feudale und Junker, die untereinander um den Anteil an der Beute rauften, einmütig zusammen.

In Wirklichkeit hat die Arbeiterschaft von der guten Konjunktur nicht mehr gehabt als vermehrte Arbeit, gesteigerten Mühen der Gesundheit und eine Vergrößerung des Krüppelheeres. Für viele Arbeiter hat das Glanzjahr 1906 nur minimale Lohnverbesserungen, aber erhebliche Steigerung der Unfallziffer gebracht, während die Unternehmer ganz enorme Gewinne einheimsten. Einen ziemlich sicheren Anhalt für die absolute Lohnzunahme geben die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften. Von drei derselben, die für unsere Organisation in Betracht kommen, bringen wir in nachstehender Aufstellung die bezüglichen Angaben.

| Berufsgenossenschaft | Zahl der versicherten Arbeiter | | Jahresdurchschnittslohn | | Lohnzunahme in % |
|--------------------------------|--------------------------------|---------|-------------------------|------|------------------|
| | 1905 | 1906 | 1905 | 1906 | |
| Papiermacher-V.-G. | 78 887 | 80 448 | 785 | 818 | 4,2 |
| V.-G. der chemischen Industrie | 192 381 | 202 177 | 1026 | 1074 | 4,6 |
| Ziegelei-V.-G. | 289 675 | 288 831 | 622 | 659 | 5,9 |

Für die über 280 000 Arbeiter der beiden ersten Berufsgenossenschaften stellt sich die Erhöhung des Einkommens auf **nicht 5 Prozent**, ja, auch wenn man die Ziegeleiarbeiter mit einbezieht, bleibt die Lohnzunahme für die über 1/2 Million Arbeiter noch unter 5 Prozent. Dieses Mehr darf also nicht als Lohnerhöhung angesprochen werden, denn es ist in der Hauptsache durch stärkere Ausnutzung der Arbeitskraft, durch Ueberzeitarbeit und Produktionssteigerung erzielt worden. Und was hat die Arbeiterschaft von dem größeren Einkommen? Nichts! Um mehr als 5 Prozent ist infolge der Preissteigerung für Lebensmittel, Wohnungsmieten und Gebrauchsgegenstände die Lebenshaltung verteuert worden. Für sehr viele Arbeiter reicht die Lebensmittelsteigerung nicht einmal aus, um die Verteuerung der Lebenshaltung wieder auszugleichen, so daß sie trotz vermehrter Arbeit ihren Konsum einschränken mußten, oder gezwungen waren, zu minderwertigen Nahrungsmitteln zu greifen. Die Jaströwische Arbeitsmarktkorrespondenz rechnet nach den Preisen verschiedener Großstädte eine Verteuerung der Haushaltung von rund 5 Prozent aus; wohlgemerkt, eine Verteuerung um 5 Prozent von 1905 auf 1906. Nun sind aber die Preise in den Kleinstädten und auf dem Lande viel stärker gestiegen als in den Großstädten; weiter haben auch in den Großstädten und den Vororten die Ladenpreise schärfer angezogen als in den öffentlichen Markthallen, so daß man tatsächlich mit einer **über 5 Prozent hinausgehenden Mehrausgabe** für die Lebenshaltung rechnen muß. Was die Arbeiter durch opferreiche Kämpfe dem Unternehmertum abgerungen, nahmen ihnen Junker, Händler und Hausagrarier wieder ab. Dafür bleibt den Lohntrondern das erhebende Bewußtsein, wiederum mehr Opfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit gelassen zu haben. Die Unfallziffern sind absolut und relativ hinaufgegangen. Es verzeichneten Unfälle:

| Berufsgenossenschaft | überhaupt | | pro 1000 Versicherte | |
|--------------------------------|-----------|--------|----------------------|-------|
| | 1905 | 1906 | 1905 | 1906 |
| Papiermacher-V.-G. | 3 341 | 3 570 | 43,55 | 44,40 |
| V.-G. der chemischen Industrie | 11 010 | 11 969 | 57,2 | 59,2 |
| Ziegelei-V.-G. | 6 547 | 6 972 | 22,6 | 24,1 |

Bei den 3 Berufsgenossenschaften liegt die Gesamtzahl der Unfälle von 20 898 auf 22 511 oder um **7,72 Prozent**,

während die Zahl der Arbeiter nur um **1,87 Prozent** zugenommen hat. Auch die Zahl der schweren Unfälle, derjenigen, bei denen 13 Wochen nach dem Unfälle noch ent-schädigungspflichtige Folgen vorhanden waren, ist gewachsen. Im Jahre 1905 ereigneten sich insgesamt 4200 entschädigungspflichtige Unfälle, im Jahre 1906 dagegen **4289**. Dabei gehen die Berufsgenossenschaften in der Nichtbewilligung von Renten immer rigorosser vor. Verküppelungen, die früher als erwerbsvermindernd angesehen wurden, betrachtet man jetzt nur noch als „Schönheitsfehler“, für welche eine Rente nicht zugestanden wird. Die Rentenquerschei mit Hilfe eines Vertrauensarzt-systems ist ja auch schon zu einer gewissen Berühmtheit gelangt. Der Arbeiter, der das Unglück hatte, einen Unfall zu erleiden, ist den Vertrauensärzten der Genossenschaften gegenüber fast ganz wehrlos, denn er findet nicht so leicht einen anderen Arzt, der gegen die Gutachten jener den Kampf aufnimmt. Die Nichtvertrauensärzte lehnen es im allgemeinen überhaupt ab, Gutachten für Unfallverletzte auszustellen.

Was die Arbeiter neben ihren gesunden Gliedmaßen während der Hochkonjunktur geopfert haben, das ist eine nicht meßbare Summe von Gesundheit. Die erhöhten Anforderungen an die Arbeitskraft, die geleisteten Ueberstunden und Uebererschichten, deren Schäden für Gesundheit und Leben nur in einem verschwindenden Maße durch bessere Ernährung ausgeglichen werden konnten, haben die Körper geschwächt, sie in erhöhtem Grade für allerhand Krankheiten empfänglich gemacht. Und wenn nach einiger Zeit die Folgen sich einstellen, nach einem längeren Raubbau an der Arbeitskraft die Reaktion eintritt, die Kräfte verfallen, der Arbeiter wider seinen Willen krank feiern muß, dann setzt er sich auch noch der Gefahr aus, als Simulant verdächtigt und behandelt zu werden. Der Mehrwertschaffer, der nicht alljährlich auf einige Wochen ins Bad reisen kann, hat nicht das Recht, krank zu sein, er soll schuften, bis er so weit entkräftet ist, daß er sofort ins Grab sinkt. Krank sein, sich Erholung gönnen, dürfen nur die Genießer des von ihm erarbeiteten Mehrwertes.

Und im Jahre 1906 hat das Unternehmertum goldene Ernte gehalten. Besonders das in der chemischen Industrie investierte Kapital erfreute sich glänzender Gewinne. Wir lassen hier die Gewinn-tafel für eine Reihe Aktiengesellschaften folgen. Es verteilten Dividenden:

| Aktiengesellschaft | 1900 | 1901 | 1902 | 1903 | 1904 | 1905 | 1906 |
|---|--------------|--------|------|------|------|------|--------|
| | in Prozenten | | | | | | |
| Aktiengesellschaft für Anilin-fabrikation, Berlin | 15 | 15 | 16 | 16 | 22 | 22 | 22 |
| Chemische Fabrik Wudau | 5 | 8 | 8 | 8 | 8 | 10 | 12 |
| Chemische Fabrik Griesheim, Elttron | 5 | 10 | 10 | 12 | 12 | 12 | 12 |
| Chemische Fabrik v. Müde u. Co., Posen | 11 | 12 | 12 | 12 | 13 | 14 | 15 |
| Chemische Fabrik Herbingen | 9 | 3 | 10 | 10 | 8 | 8 | 10 |
| Chemische Werke, Wiebich | 12 1/2 | 13 1/2 | 15 | 15 | 18 | 19 | 22 1/2 |
| Cherfelder Farbenfabrik | 18 | 20 | 22 | 25 | 30 | 33 | 36 |
| Höfcher Farbwerke | 20 | 20 | 20 | 20 | 20 | 24 | 30 |
| Schering, chemische Fabrik, Berlin | 15 | 10 | 10 | 15 | 16 | 15 | 17 |

Das sind stattliche Zahlen! Die Dividendeneinheimser haben kaum etwas von einer Krisis gespürt, aber die Hochkonjunktur brachte ihnen erhöhte, märchenhafte Gewinne. Die Arbeiter dagegen ernteten für gesteigerte Leistung nur einige Pfennige Lohn mehr, die ihnen aber auf der anderen Seite durch erhöhte Warenpreise wieder genommen wurden. Für die Unternehmer: Gewinnsteigerung, für die Arbeiter: Vermehrung der Krüppel, Mühen der Gesundheit und verteuerte Lebenshaltung, das ist die Bilanz im Jahre 1906.

Die Sonntagsruhe in den chemischen Fabriken.

III.

Aus der Aufmerksamkeit, welche die diesjährige Lübecker Generalversammlung der deutschen chemischen Kapitalisten der bevorstehenden Abänderung der Sonntagsruhebestimmungen zuwandte, haben unsere Kollegen ersehen, wie sehr es an der Zeit war, daß auch wir uns eingehend mit der Wochenruhe in der chemischen Ausbeutung beschäftigen. Der Fortgang unserer Betrachtung wird zeigen, daß wir nur dann eine Verbesserung der Vorschriften für uns zu erhoffen haben, wenn es uns gelingt, den Unternehmereinfluß auf die Gestaltung der gesetzlichen Bestimmungen besser und mehr zurückzudrängen, als dies noch 1895 beim Erlaß der erstmaligen Vorschriften geschehen konnte.

Aus § 105 c der G.-D. hatten wir ersehen, daß heute für gewisse Ausnahmen von der Sonntagsruhe der Unternehmer als sein eigener Richter eingesetzt ist und selbstherrlich bestimmen kann, wenn er jene Ausnahmearbeiten am Sonntag

vornehmen darf. Die Mehrzahl dieser Arbeiten wurde in unserer vorigen Betrachtung besprochen. Die gefährlichste Ausnahmebestimmung aber bestellten wir uns für die heutige besondere Betrachtung vor. Sie betrifft die „Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung“, durch welche der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebes bedingt ist, sowie Arbeiten, von welchen die Wiederaufnahme des vollen werktätigen Betriebes abhängig ist, sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können.“ (Ziffer 3 des § 105 c der Gewerbeordnung.) Diese Bestimmung ist eine richtige Fundgrube für die Ausbeutung der Sonntagsarbeit durch die Unternehmer gerade auch in der chemischen Industrie. Die „Instandhaltung“ der Betriebsanlagen — um diese handelt es sich ausschließlich, nicht etwa um die zu verarbeitenden Stoffe! —, also der Betriebsstätte, der Feuerungsanlagen, namentlich aber der Maschinen und Apparate, spielt in der chemischen Industrie eine große Rolle. Ihre Kompliziertheit und Kostspieligkeit gibt den Kapitalisten immer neue Gelegenheit, zu behaupten, daß die chemischen Arbeiter besonders reichlich auch am Sonntag schaffen müßten, um den Fortgang der Produktion zu sichern, während es sich in Wirklichkeit nur darum handelt, den reichen Kapitalisten besondere Ausgaben für besondere Vorkehrungen zu sparen, durch welche die pünktliche Wiederaufnahme der Wochenarbeit am Montag auch ohne ausgedehnte Sonntagsarbeit der chemischen Proletarier leicht möglich wäre. Regierungsrat Werner sagt zwar in seinem Kommentar ausdrücklich, und bezeichnenderweise bezieht er sich dabei gerade auch auf die chemische Industrie, daß durch das Gesetz keineswegs beabsichtigt sei, zu gestatten, daß die auf Produktion gerichtete Werktagarbeit an Sonn- und Festtagen um deswillen fortgesetzt werde, weil bei einer Unterbrechung des Betriebes infolge der damit verbundenen Abkühlung der Defen oder infolge der schädlichen Einwirkungen chemischer Substanzen auf die Apparate u. dergl. eine Beschädigung der Defen, Apparate usw. zu gewärtigen wäre. Nur dann sei eine Fortführung des Betriebes über Sonntag ohne weiteres (!) zulässig, wenn die Beschädigung der Betriebsmittel zur Folge haben würde, daß der volle werktätige Betrieb nicht wieder aufgenommen werden kann, „vorausgesetzt, daß diese Folge sich nicht durch zweckmäßige und nicht mit unverhältnismäßigen Opfern verknüpfte Vorkehrungen vermeiden läßt.“ Allein man erkennt ohne weiteres, wie viele Maschinen zum Durchschlüpfen auch diese möglichst strenge Auffassung einer einmal verfehlten Gesetzesbestimmung läßt. Die Möglichkeit von Vorkehrungen zur Vermeidung der Sonntagsarbeit wird der chemische Kapitalist immer möglichst lange leugnen. Er wird auch leugnen, daß die Kosten solcher Vorkehrungen verhältnismäßig klein sein würden gegenüber den Profiten der chemischen Industrie. Wenn er Sonntagsarbeiten verrichten läßt, die ihm diese Kosten sparen, wird er sich vor dem bürgerlichen Gericht immer auf seinen „guten Glauben“ an die Erlaubtheit solcher Arbeiten berufen und damit Glück haben, falls ihm nicht ein sehr energischer Gewerbeinspektor als Sachverständiger gegenübersteht. Braucht doch durch die Sonntagsruhe nicht etwa bloß der Fortgang des Betriebes überhaupt als gefährdet zu erscheinen, es genügt vielmehr auch nach Werner schon, daß die Sonntagsruhe „Unregelmäßigkeiten im Betriebe“ hervorruft, um die Sonntagsausnahmearbeit als gerechtfertigt gelten zu lassen. Und sogar die Rücksicht auf den regelmäßigen Fortgang eines fremden Betriebes kann Sonntagsarbeiten als erlaubt erscheinen lassen, z. B. bei Reparaturen an Maschinen durch Arbeiter der Maschinenfabrik. Der Unternehmer braucht so etwas gar nicht für die Werktage aufzuschieben. Ferner wird die in der Praxis der Sonntagsruhe kaum durchführbare Ansicht verfolgt, daß der Betrieb nach der Sonntagsruhe „so muß wieder aufgenommen werden können, als ob sich der Wiederbeginn des Betriebes unmittelbar an das Ende der Arbeit vor der Sonntagsruhe anschloße.“ Da aber mindestens z. B. die Defen in der Regel mehrere Stunden vor Wiederbeginn des vollen Betriebes angefeuert werden müssen, so gestattet man solche Arbeiten schon in den letzten Stunden der eigentlich noch für die Sonntagsruhe bestimmten Zeit. Dem Kapitalprofit könnten ja einige kostbare Stunden häufiger Mehrwertverzeugung, die er von der Werktagzeit zusehen müßte, verloren gehen! Endlich rechnen alle anderen Vorbereitungsarbeiten für Wiederaufnahme des vollen Betriebes hierher, z. B. Materialienbereitstellung, Mischungen zum Betriebsgebrauch usw. Kurz — es gibt fast keine Sonntagsarbeit, mindestens für die letzten Stunden der Sonntagsruhe, die sich nicht aus Ziffer 3 des § 105 c „begründen“ ließe. Das rechtfertigt vollauf unsere Forderung, daß vor allem hier reformierend eingegriffen werden muß. Es darf den Kapitalisten ruhig zugemutet werden, etwas mehr von den natürlichen Folgen der notwendigen Betriebsruhe am Sonntag zu tragen. Dazu werden sie sich auch mehr Mühe geben, durch geeignete technische Vorkehrungen die Arbeiter von Sonntagsarbeit zu entlasten. Und es darf nicht fernere nur im Belieben des Unternehmers stehen, die Ausnahmearbeiten selbst zu bestimmen.

die Böhme lesterer, weil diese Arbeiter in der Regel länger im Betriebe beschäftigt, noch höher sind. Die Ueberweisung einer Fabrikwohnung gilt in diesem Falle als eine besondere Vergünstigung und geschieht meist auf Empfehlung der Aufsicht, Werführer usw. Es handelt sich hier für die Kolonienbewohner tatsächlich um monetäre Vorteile. Weil aber diese Arbeiter infolge dieser Vergünstigung einen momentanen Vorteil gegenüber ihren Mitarbeitern haben und weil aber auch ihre Abhängigkeit vom Unternehmer jetzt eine doppelte ist, gelingt es nur selten, mit der Organisation unter diesen Teil der Arbeiter, also der Kolonie, einzudringen, sie aufzuklären, zu schulen, kurz, das Solidaritätsgefühl zu wecken, resp. weiter zu entwickeln. Also können diese Leute, vom kulturellem Standpunkte aus betrachtet, für die Arbeiter, ja für die Gesamtheit gefährlich werden, indem sie, falls ihre Zahl groß genug ist, Lohnkämpfe für die Arbeiter, falls gleichgültig verhalten können.

Zu der chemischen Industrie liegt für den Unternehmer bei Arbeitsverhältnissen außer dem finanziellen Ausfall durch Nichtproduktion die Gefahr vor, daß Unruhen geopfert würden durch Zugrundegehen der im Arbeitsprozeß begriffenen teureren Produkte. Hier ist also ein Stamm durch Fabrikwohnungen gefesselter Arbeiter doppelt wertvoll; daher auch die zahlreichen Arbeiterwohnhäuser fast jeder größeren chemischen Fabrik. Wo durch die Erziehungsarbeit der Organisation der Arbeiter die Triebfedern der kapitalistischen Wohlstandigkeit entfällt, kann unter Umständen der Fall eintreten, daß die Arbeiter, die Kolonien zu beziehen und der Unternehmer hat mit seinen Wohnungen totes Kapital. Diese Tatsache wird in absehbarer Zeit mit der Ausbreitung der Organisationen allgemein werden müssen.

Schlusssatz für die Arbeiter ist die Situation, wenn die Arbeiterwohnungen für den Arbeiter die Amortisation bedingen. Der Arbeiter besitzt ein Haus, der Unternehmer hat das Kapital geliehen. In dem Moment, wo es zwischen Arbeiter und Unternehmer zum ersten Konflikt kommt, kündigt der Unternehmer sein Kapital, und der Arbeiter sitzt auf der Straße, weil es ihm in den seltensten Fällen gelingen dürfte, anderwärts sicheres Kapital aufzutreiben. Schließlich macht der Unternehmer bei der Sache noch ein gutes Geschäft. Mehr finanzieller Schutz für den Schwächeren ist hier dringend geboten. Erwähnt sei hier auch, daß sich die Kolonienbewohner in vielen Fällen eine ständige Wohnungskontrolle von einem beauftragten Fabrikbeamten gefallen lassen müssen, unter anderem auch nach der vom Bewohner geleiteten Tagespresse oder sonstiger Literatur. Die Leute können nur geheim Mitglied einer dem Arbeitgeber mißliebigen Partei sein. Ganz besondere Beachtung haben aber die freien Gewerkschaften zu gewärtigen, weil der Unternehmer sehr wohl weiß, daß diese Organisationen unmittelbar seinen Profit bedrohen. Schreiber dieses hat sogar einen Fall erlebt, daß ein Arbeiter jahrelang offen als Anarchist sich betätigen konnte, ohne daß ihm dieserhalb Schwierigkeiten gemacht worden wären, doch er aber im selben Moment, als er erstmalig als Gewerkschaftler auf dem Plan trat, entlassen wurde mit der ausdrücklichen Begründung, daß seine Tätigkeit als Gewerkschaftler die Ursache sei.

Nun wieder zu unseren Fabrikwohnungen. In dem Orte Ströbel in Schlesien wurden den streikenden Steinarbeitern die Betriebswohnungen gelündigt. Nicht genug damit, mieteten einige Unternehmer in der Umgebung sämtliche leerstehenden Wohnungen, um ja die Leute mit Familien auf die Straße zu bringen. Hätten die Streikenden vorher schon Privatwohnungen innegehabt, so wäre dieser schamlose Streich der Unternehmer nicht möglich gewesen. Auch bei der Bergarbeiterbewegung in der Niederlausitz drückte man auf die Arbeiter mit der famosen Betriebswohnung. Die Bergfirma J. J. März in Lambrecht (Pfalz) zieht ihren Arbeitern, die bei ihr wohnen, für jeden erwachsenen Sohn, der bei seinen Eltern logiert, jedoch bei einem anderen Unternehmer arbeitet, pro Woche 50 Pfennig Schlafgeld ab. Die „Antin“ in Ludwigshafen machte die Sache einfacher, indem bestimmt wurde, daß die 18 Jahre alten Söhne ihrer Kolonisten, falls sie nicht in der Antin arbeiten, die elterliche Wohnung zu verlassen haben. Diese jungen Leute mußten dann entweder im Gasthaus oder Privat, jedenfalls aber bei fremden Familien, Kost und Logis nehmen. Aber natürlich: die Sozialdemokratie zerbricht die Familie!

Bemerkenswert ist noch, daß bei kleineren Unternehmern die Fabrikwohnungen sich manchmal in einem erbärmlichen Zustande befinden, dabei denken wir noch gar nicht an die Ziegelleien oder die Wohnungen der Sackengänger, sondern haben stets kapitalistischeren Unternehmern im Auge. Schreiber dieses sah z. B. bei Neustadt, der „Perle der Pfalz“, im sogenannten Talgrabenviertel, Arbeiterfamilienwohnungen, die nur durch Bretterwände voneinander getrennt waren; da die Bretter nicht lang genug waren, blieb oben an der Decke zirkel 1/4 Meter frei. Das sind gewiß herrliche Zustände. Die Schlaf- und Speiseküche der Zuckerrabrik Frankenthal wurden erst durch das Eingreifen unserer Organisation zu menschenwürdigen Aufenthaltsräumen umgestaltet!

Lassen wir nun einmal über den eigentlichen Zweck der Arbeiterwohnungen einen unerbürdigen Zeugen, einen Interessierten sprechen:

Im September 1906 tagte die „Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst“ in Nürnberg. Zu seinem Vortrage über Arbeitergärten sagte der Referent, Herr Hanisch aus Kattowitz, der von zahlreichen Industriearbeitern Ober-Schlesiens als Sachmann für Anlage der Gärten von Arbeiterwohnhäusern engagiert, folgendes:

„Die Klage über Arbeitermangel in der Landwirtschaft und in den Industriebezirken, wo es die Verhältnisse nicht gestatten, die Löhne zu bezahlen, die in den Städten bezahlt werden, ist alt. Trotz der Heranzugung ausländischer Arbeiter verstummten diese Klagen über Mangel an Arbeitskräften nicht.

Dieser Palamität sucht man allerorts abzugeben, indem man die Arbeiter zersplittert zu machen versucht durch Schaffung von Arbeiterwohnhäusern. Dadurch ist es der Industrie gelungen, einen Stamm von festen Arbeitern heranzuziehen. Sie sind nach und nach mit ihrem Grund und Boden verwachsen und werden zufrieden in ihrem trauten Heim.

Diese Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen, diese Arbeiterkolonien geben dem Arbeitgeber aber auch eine gute Kontrolle über seine Arbeiter. . . Diese Arbeiterwohnungen sind also ein sehr wichtiger Faktor für den Unternehmer. . .

Das Organ für Waren- und Kaufhäuser schrieb im Mai d. J.:

„Als natürliche Folge dieser günstigen Marktlage machte sich überall Arbeitermangel bemerkbar. Aus der Erwägung heraus, sich einen festen Arbeiterstamm dauernd zu erhalten und an den Ort zu fesseln, sah sich auch die Porzellanfabrik Rosenthal u. Co., Seib (Scheffranke), veranlaßt, für ihre Arbeiter eigene Wohnhäuser zu bauen. . .

Jedenfalls Beweis genug, daß die Fabrikwohnungen nicht aus purer Nächstenliebe errichtet sind. Ein Gefängnis die Fabrik, ein Gefängnis das traute Heim.

Folgen der Organisationsfeindlichkeit in den Vereinigten Gummiwaren-fabriken Harburg-Wien.

Daß die gewerkschaftlichen Organisationen den intelligentesten und geschicktesten Teil der Arbeiterklasse umfassen, ist ein alter Erfahrungssatz, der nur von den organisationsfeindlichen Unternehmern und deren Presse bestritten wird. Für einseitige und objektive urteilende Menschen braucht es föhlich eines neuen Beweises für diese alte Wahrheit nicht. Demen aber, die das Gegenteil glauben oder zu glauben vorgeben, sei nachstehendes zur Beachtung dringend empfohlen.

Die Vereinigten Gummiwaren-fabriken Harburg-Wien zählten früher zu den rentabelsten dieser rentablen Industrie. Ihre Dividende betrug seit 1873 nie weniger als 10, im Jahrzehnt 1890-1900 sogar durchschnittlich 23 1/2 Prozent. Seit dem Jahre 1902 geht es mit der Rentabilität zusehends bergab. Die Dividende fiel von 24 auf 20, dann auf 12 1/2

und im Vorjahr auf 7 1/2 Prozent. Für das Geschäftsjahr 1906/07 aber sank nach dem kürzlich erschienenen Bericht überhaupt keine Dividende verteilt werden. Ueber diesen auffälligen Ertragsrückgang zerstreuten sich die Aktionäre und sonstigen Vornehmlichen den Kopf, und die Direktion des Werkes ist eifrig bemüht, die Gräben auf eine falsche Fährte zu lenken. Im Oktober 1906 brannte ein Teil des Harburger Werkes nieder, und dieser Brand ist angeblich Schuld am Rückgang des Ertrages. In Wirklichkeit war aber schon vor dem Brande die Dividende innerhalb 2 Jahren von 24 auf 12 1/2 Prozent gesunken und es ist mindestens anzunehmen, wie es im Jahr 1906 ausgedehnter Brand das Geschäftsergebnis der Jahre 1908 und 1904 beeinflussen konnte. Nun arbeiten aber die beiden Zweigfabriken der Gesellschaft in Linden bei Hannover und Wimpasing in Oesterreich, nach eigenem Jugendbündnis der Gesellschaft, durchaus zufriedenstellend, der Grund des Rückganges muß also in Harburg liegen. — Obwohl wir nicht eigentlich die Aufgabe haben, den Aktionären die Gründe der mangelhaften Ertragsfähigkeit ihrer Papiere zu verzeihen, wollen wir diesmal tun; zumal wir hoffen, daß dadurch einige blindwütige Schärpmacher zum Nachdenken veranlaßt werden.

Im März des Jahres 1901 hatten die Arbeiterinnen der Schuhfabrikation des Harburger Werkes der Direktion Forderungen, und zwar recht beschöne Forderungen, unterbreitet. Die Direktion lehnte es hochmütig ab, angemessene Zugeständnisse zu machen, und so kam es zum Streik, dem sich später auch die Arbeiter anschlossen. Einige wenige Zugeständnisse, die die Direktion in einer vom Senator Thielemann angebahnten Vergleichsverhandlung gemacht hätte, wurden brüsk zurückgewiesen, als die Arbeiter nicht ohne weiteres zu Kreuze trafen. „Wir wollen jetzt sehen, wer der härteste ist“, hieß es. Tausende und Abertausende wurden ausgegeben, um in allen Ecken Deutschlands Streikbrecher zusammenzuschleusen; die Arbeiter sollten auf diese Weise gezwungen werden. Nach langem Kampfe wurde im Juni ein für die Arbeiter magerer Vergleich geschlossen. Sofort nach Beendigung des Kampfes setzte eine unerhörte Hege gegen die Organisation ein. Die Wiedererzielenden wurden zum Austritt aus der Organisation gezwungen und die Mitgliedsbücher ihnen widerrechtlich abgenommen. Auch der Austritt aus der Partei und aus dem — Nachfahrerbund wurde gefordert. Außerdem wurde jeder zur Unterzeichnung zum Arzt geschickt, so daß zahlreiche alte Arbeiter, die im Dienste der Firma ihre Gesundheit geopfert hatten, von der Wiederinstellung ausgeschlossen blieben. Dieser brutale Terrorismus dauert bis heute, noch jetzt muß jeder, der auf der Harburg-Wien in Arbeit tritt, einen Revers unterschreiben, in dem er sich verpflichtet, keiner Gewerkschaft, auch nicht der sozialdemokratischen Partei anzugehören, noch denselben in Zukunft beizutreten. Diese blöde Hege gegen die Arbeiterorganisation ist die Ursache des Verlesens der Dividende. Die intelligenten geschulten Arbeiter lehnen es ab, der Firma neben ihrer Arbeitskraft auch noch ihre politische Ueberzeugung zu verkaufen und auf die Beteiligung im wirtschaftlichen Kampfe zu verzichten. Die Folge ist ein ständiger Mangel an geeigneten Arbeitskräften. In dem kürzlich veröffentlichten Bericht heißt es:

„Es machte außerordentliche Schwierigkeiten, die Fehlfabrikationen zu vermeiden, wodurch das Resultat des Harburger Werkes ungünstig beeinflusst worden ist. Zum großen Teil sind diese Schwierigkeiten behoben, und es steht zu hoffen, daß dieselben in Kürze ganz überwunden sein werden, so daß die Ausichten auf eine Besserung für das kommende Jahr gegeben sind, vorausgesetzt, daß es gelingt, den noch vorhandenen Mangel an geschulten Arbeitskräften zu beheben.“

Den Mangel an geschulten Arbeitskräften sieht die Gesellschaft ein, die Ursachen dieses Mangels, wie es scheint, noch nicht. Vielleicht dümmert ihr aber auch diese Erkenntnis noch!

Einem schien sie zu dümmern; dem Direktor Stingl! Er soll das terroristische Vorgehen der Betriebsleitung mißbilligt und erklärt haben: Was die Arbeiter außerhalb des Betriebes machen, dürfe die Betriebsleitung nicht kümmern, in der Fabrik allerdings müsse jeder seine Pflicht tun, andere Verpflichtungen hätten die Arbeiter aber nicht. — Ein vernünftiger Standpunkt! Wie er von den Summigenewählten gewertet wird, zeigt folgendes Zitat in einem Harburger Blatt: Fortzugshaber ist die von Herrn Direktor Stingl bewohnte 1. Etage zum 1. April 1908 zu vermieten. — Herr Stingl geht! Einfichtige Menschen kann die Harburg-Wien entbehren.

Vor Jahren, als die Firma noch geschulte Arbeitskräfte hatte, wurden von den Arbeitern Vorschläge zur Verbesserung der verschiedensten Einrichtungen und Herstellungsverfahren gemacht und von der Leitung versucht und erwogen. Das Resultat war steigende Dividende! Heute probiert und studiert Herr Dr. Thiele auf eigene Faust, führt militärische „Disziplin“ ein und entläßt jeden, der sich nicht fügt. Das Resultat? Von Amerika kamen Autos und Fahrradreifen im Werte von mehreren Hunderttausend Mark zurück — wegen Fehlarbeit. Die Dividende ist verschwunden, der Kurs der Aktien, der im Jahre 1901 durchschnittlich 285 betrug, ist auf wenig über 100 gesunken, das Vertrauen der Börse schwindet, die Aktionäre fordern „Aufklärung“ und schimpfen, die Presse spart nicht mit Vorwürfen, Direktoren werden entlassen und Doktoren aus einer Abteilung in die andere getastet; all dieser Wirrwarr, all dieser Krach aber ist geboren aus dem Haß gegen organisierte Arbeiter. Wenn die Direktion ihr in der Einigungsverhandlung gegebenes Versprechen gehalten hätte, wenn sie den Arbeitern nicht das gegläubig gewährleistete Koalitionsrecht raubte, sie hätte geschulte Arbeiter, fehlerfreie Ware und hohe Dividende für die Aktionäre. Sie wolle aber nicht freie Arbeiter, sondern demütigte Sklaven haben, an ihrem Geldbeutel merzen jetzt die Aktionäre, wie unrentabel die Sklavenarbeit ist.

„Keine organisierten Arbeiter, keine Dividende“, schrieb kürzlich das „Harburger Volksblatt“; vielleicht merken sich's die Aktionäre und veranlassen die Betriebsleitung, ihren blöden Haß gegen die Organisation aufzugeben. Die Arbeiter des Betriebes aber sollten sich auf ihre Menschenwürde besinnen und auf das Organisationsverbot pfeifen. Sie können es sonst sehr leicht erleben, daß ihr ohnehin nicht reichlicher Lohn noch mehr beschnitten wird, um den Aktionären im nächsten Jahre nicht wieder mit leeren Händen zu kommen.

Feinde der Arbeiterbewegung in Bromberg.

Die Berichte der preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten zeugen nicht von vorurteilsfreier Beurteilung der Arbeiterbewegung, besonders wenig aber der des Bromberger Beamten. Wenn der letztere das Anwachsen der „nationalen“ Arbeiterbewegung lobt, die mehr oder weniger zu zahlreichen freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern aber vollständig ignoriert, so zeigt das von recht wenig Objektivität. Zumal die 4-500 „nationalen“ Arbeiter, die hier für den Evangelischen Arbeiterverein gewonnen wurden, aber richtig gestiftet, von den Unternehmern in diese Vereine hineingetrieben wurden, den Namen Arbeiterorganisation absolut nicht verdienen. Für die Einwirkung auf die Arbeitsbedingungen kommen sie absolut nicht in Betracht. Laut ihren Aussagen haben sie sich mit der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen nicht zu befassen, auch würden es die Gründer und Protektoren, die aus Unternehmern und Pfaffen bestehen, unter keinen Umständen zulassen, daß ihre gegläubigten Schützlinge rebellisch werden und sich auslehnen. Angeht's dieser Tatsache sollte man doch wirklich meinen, daß für den Gewerbeaufsichtsbeamten dieser kirchliche Verein nicht da wäre, weil der Beamte doch ein Interesse daran hat, daß ihm bei der Kontrolle in den Fabriken auch die Arbeiter zur Seite stehen und ihn auf die Mißstände aufmerksam machen. Dem ist aber nicht so! Hier in Bromberg leben die freigewerkschaftlichen Arbeiter unter einer Art Polizeigesetz, und alles, vom Oberbürgermeister bis zum untersten Beamten, ist darauf bedacht, die „Freien“ oder besser die „Koren“ hier auszuwischen.

Vor zwei Jahren machten hier die Christlichen für ihre Gewerkschaften Propaganda, aber auch das war den Bromberger Propri-

etären schon zu radikal. Von einem „angelehnten“ Bürger hat damals der Wort: „Sie sind alle wie die Krabbe; wenn man sie ansieht, sind sie grau, und so kommt man sie, dann sind sie ebenfalls rot.“ Die Christlichen wurden genau so bekämpft wie die Freien, weil sie ebenfalls für bessere Arbeitsbedingungen eintreten wollten. Mit welchem Eifer Mittel gesucht wurden, um die Arbeiter, und speziell die ungelerten Fabrik-, Ziegelei- und Schneidmahlensarbeiter, die hier zirkel 2-2 1/2 Tausend ausmachen, an jeder Verbesserung ihrer Lebenslage zu hindern, wollen wir nachstehend an einigen Beispielen zu schildern versuchen.

Wir hatten inmitten des Schneidmahlensviertels ein Lokal, und wollten es kaufen. Ein Genosse, ehemaliger Beamter, und unbescholten, beantragte den Konfisz; er wurde ihm verweigert, weil „das Lokal von der Stadt für die Polizei abliege, daß die Polizei es nicht überwachen kann!“ (Es lag acht Minuten vom Zentrum und der Polizeiwache entfernt.) Nun kaufte es ein Polizeirat in Gemeinschaft mit den Unternehmern und gründete ein — man höre und staune — „Arbeiterheim“, aber welchem heute der stolze Spruch steht: „Fieber, Ambos, Habel, Schere, Was sich regt zu Gottes Ehre, Was sich regt zu Menschen Frommen, Sei von Herzen hier willkommen.“

Nun waren wir obdachlos, und jetzt sollte die endgültige Vernehmung beginnen. Hieran nahmen in erster Linie die Exekutivbehörden teil. Ueber diejenigen, die agitatorisch tätig waren, hagelte es Strafbefehle. Schreiber dieses hat allein für die Ueberretzung des Vereinsgesetzes insgesamt 100 Mk. bezahlen müssen und für Flugblattverteilung ohne die polizeiliche Erlaubnis zusammen ebenfalls 140 Mk. Das half aber nichts; denn wir wuchsen und gediehen. Nun stiegen die Herren Oberbürgermeister, Stadträte, Pastoren, Landgerichtsräte, Sekretäre der Handwerkerkammer, Oberlehrer, Lehrer und auch Gewerbebeamte von ihrer Höhe herab, um dem Bruder Arbeiter huldvollst mitzuteilen: daß er „national“ bleiben müsse. Feste, Fahnenweihen, Le. . . weihen, Garteneinweihung, Umzüge durch die Straßen und dergl. Klümbim mehr folgten aufeinander. Der Hauptcoup aber sollte dem Gewerbeaufsichtsbeamten, Gewerbebeamten, vorbehalten bleiben. Der Garten des „Arbeiterheims“ sollte eingeweiht werden, dabei mußte doch ein Gefäßesbüß losgelassen werden, und das sollte der Gewerbebeamte befragen. Einige Sätze seiner Rede sollen hier wiedergegeben werden:

Nachdem wir am 16. Dezember 1906 mit einem jubelnden Hoch auf unsern Kaiser, den Beschützer der Arbeit und der Arbeiter, das neubegründete Arbeiterheim in seinem Gebäude mit den inneren Räumen feierlich eingeweiht haben, übergeben wir jetzt die Gartenanlagen dem Gemeinwohl der Arbeiterklasse von Bromberg und Umgebung. Wie § 1 der Satzungen unseres Vereins besagt, hat das Arbeiterheim den Zweck, eine Geist und Gemüt bildende Geselligkeit und Wohlfahrtsbestrebungen unter den national-geheimten Arbeitern zu fördern, ohne Unterschied der Konfession und der Partei. Wir bitten Sie, freundschaftlich anzuschauen, was wir bisher äußerlich geschaffen haben, und zwar aus einem halbverfallenen Grundstücke, in welchem sich bis vor einem halben Jahre eine Gruppe irreführender Arbeiter eingemischt hatte, um von hier aus, wie die Wespen und Hornissen, Bromberg und Umgebung zu beunruhigen.“

In jüngerer Zeit hört man so viel das Wort „Arbeiterbewegung“. Früher war fast allgemein mit diesem Worte verbunden der Begriff „Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung“, Haß und Mißgunst, Streit und Mißachtung der Gesetze. Diese Schreden verbannten wir den Lehren der internationalen, der vaterlandlosen Sozialdemokratie. Heutzutage kann man das Wort Arbeiterbewegung ohne jede schlimme Nebenbedeutung aussprechen, indem sich in Deutschland viele nationale Arbeitervereine und Tausende von Arbeitern zusammengelassen haben, um in die moderne Arbeiterbewegung Ruhe und Frieden einzuführen. Die moderne Arbeiterbewegung richtet sich auf „die nationalen und vom Geiste der Zusammengehörigkeit und der friedlichen Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragenen sozialen Bestrebungen“. Diese Bestrebungen finden in immer weiteren Kreisen Verständnis und an den höchsten Stellen Anerkennung. Gewiß strebt die Arbeiterbewegung dahin, bessere Lohnbedingungen für die Arbeiter zu erlangen und sie sittlich und sozial zu heben, aber auf dem Wege der Gesetze und in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen.

„Es ist mein fester Wille, daß die Gesetzgebung auf dem Gebiete der sozialpolitischen Fürsorge nicht ruhe und in Erfüllung der vornehmsten Christenpflicht auf den Schutz und das Wohl der Schwachen und Bedürftigen fortgesetzt bedacht sei.“ — so sagt Kaiser Wilhelm der Große in seiner Botschaft vom 17. November 1881. — Wenn solche Bestrebungen „Arbeiterbewegung“ heißen, dann soll unser Bromberger Arbeiterheim eine Burg sein am Wege der Arbeiterbewegung!

Also der Gewerbebeamte Belmann betrachtet die nationale Arbeiterbewegung als die moderne und das Arbeiterheim als eine Burg am Wege der Arbeiterbewegung. Er denkt da wohl an die früheren Burgen an den Wegen, in denen Raubritter hausten und jeden ehrbaren Kaufmann, der des Weges zog, überfielen und heraubten. Wenn es in dem Sinne gemeint ist, dann kann man beinahe zustimmen, denn dies Heim ist errichtet für jene Arbeiter, die, als Schutzhülle des Kapitals, ihren um menschenwürdige Arbeitsbedingungen kämpfenden Mitarbeitern in den Rücken fallen sollen. Der Gewerbeaufsichtsbeamte hätte u. G. in den Fabriksbetrieben viel notwendiger und nützlicher Arbeit zu verrichten, anstatt auf derlei Feiern die moderne Arbeiterbewegung, die ihre Ziele durchaus „auf dem Wege der Gesetze und in den Grenzen des Möglichen“ verfolgt, zu verunglimpfen. Sollte der Herr aber glauben, daß in den Betrieben für ihn nichts zu tun sei, so hätte er nur in unsere Versammlung kommen sollen, da her wir ihn eingeladen hatten. Dort wurden Mißstände in Menge festgestellt.

Erst jetzt, zehn Wochen nach jener Versammlung, und erst, nachdem wir der Gewerbeinspektion schriftlich von diesen Mißständen Anzeige erstatteten, hat in einem der kritischsten Betriebe eine Revision stattgefunden. Der Beamte, kein Gewerbebeamter, sondern Polizeikommissar, soll hier denn auch geäußert haben, daß in den Lokalen sich ein einträgliche Zustände herrschen. Wogegen wir uns aber wenden, ist die Art der Kontrolle. Jetzt wurden, in Gegenwart des Beamten, vom Unternehmer Arbeiter gerufen und befragt, wer die Anzeige veranlaßt, und ob sie in der Versammlung anwesend waren. Dagegen müssen wir protestieren, da dergl. Dinge nicht zur Revision gehören.

Also, es gibt ein großes Feld für die Gewerbeinspektion und speziell für die Bromberger. Wenn also Herr Belmann sein Amt voll ausfüllen will, dann hat er noch sehr viel zu tun. Unseren Kollegen aber rufen wir zu: Laßt euch weder durch Weisheit noch durch Zuckerbrot, weder durch Chikane, noch durch gierende Agitation für „nationale“ Arbeitervereine abbringen von dem einzig richtigen Wege zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen, dem Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter- und Arbeiterinnen.

Jahresbudget eines Fabrikarbeiters in Frankfurt a. Main.

Von Johannes Heiden-Frankfurt a. M.

Das Gewerkschaftsstatistik zu Frankfurt a. M. beschloß Ende 1904, für das Jahr 1905 unter den Mitgliedern der Gewerkschaften eine Haushaltsprüfung zu veranstalten. Die Beteiligung war anfangs sehr geringe, sie ließ aber bald nach. Von den ca. 100 Gewerkschaftlern, die die vom Kartell herausgegebenen Haushaltsbücher für die Eintragungen ihrer Einnahmen und Ausgaben übermachten, haben nur 20 die Bücher abgeliefert, und von diesen 20 haben wieder nur 10 die Aufzeichnungen für das ganze Jahr gemacht. Das Jahr lief vom 1. Februar 1905 bis 31. Januar 1906.

Das Material ist von mir bearbeitet worden und die Ergebnisse sind im Anhang zum Jahresbericht des Arbeitersekretariats zu Frankfurt a. M. für das Jahr 1906 veröffentlicht worden.

Es soll an dieser Stelle nicht über den Wert und die Zweckmäßigkeit solcher Veranstaltungen gesprochen werden, sondern lediglich über die Lebenshaltung eines an der Statistik des Frankfurter Kartells beteiligten Fabrikarbeiters (Gummifabrik). Dem Verufe nach waren von den 10 Teilnehmern an der Frankfurter Haushaltsstatistik 3 Küfer, 2 Tapezierer, 1 Buchbinder, 1 Fabrikarbeiter, 1 Müller, 1 Weißbinder und 1 Sattler. Alle waren verheiratet.

Der uns hier interessierende Fabrikarbeiter war während des ganzen Jahres in Arbeit. Trotzdem war er nicht instande, mit seinem Verdienste allein den Unterhalt für sich und seine Familie, Mann, Frau und einem Kinde, zu bestreiten. Er mußte vielmehr darauf sehen, durch Mitarbeit der Frau und durch Nebenarbeit für Partei und Gewerkschaft sein Einkommen zu erhöhen. Die von ihm durch den regulären Lohn erzielte Einnahme bezifferte sich auf 1267,41 M., gleich 83,54 Prozent seiner Gesamteinnahme. Seine übrigen Einnahmen setzten sich zusammen aus: Arbeitslohn der Frau 171,10 M. (11,27 Prozent), Entschädigung für Verdandarbeiten 33,22 M. (2,8 Prozent), Zinsen für einen Genossenschaftsanteil 7 M. (0,45 Prozent), Rückvergütung vom Konsumverein 19,03 M. (1,26 Prozent) und Geschenk 20 M. (1,30 Prozent). Die Gesamteinnahme betrug 1517,76 M.

Wie gestaltete sich nun die Lebenshaltung? Man wird sagen müssen, daß das Gesamteinkommen nach den herrschenden Anschauungen nicht als niedrig bezeichnet werden kann, doch es vielmehr die Durchschnittslöhne des Einkommens der Kollegen wohl übersteigt. Trotzdem ist die Lebenshaltung sehr bescheiden, ja sie kann als den berechtigten Ansprüchen nicht genügend erachtet werden. Die Gesamtausgaben unseres Gewährsmannes erreichte die Summe von 1427,13 M.

Hierzu entfielen auf:

| | Mark | Prozent der Gesamtausgabe |
|---|--------|---------------------------|
| 1. Ernährung | | |
| a) animalische Lebensmittel | 333,81 | 23,50 |
| b) Vegetabilische Lebensmittel | 138,20 | 9,80 |
| c) Alkoholische Getränke | 115,51 | 8,17 |
| d) Essen im Wirtschaftshaus | 12,70 | 0,88 |
| 2. Kleidung | 145,05 | 10,18 |
| 3. Wohnung | 300,- | 21,07 |
| 4. Beleuchtung und Heizung | 80,46 | 5,66 |
| 5. Reinigung | 28,23 | 1,98 |
| 6. Erziehung, Bildung und Vergnügen | 38,04 | 2,66 |
| 7. Tabak | 1,70 | 0,12 |
| 8. Steuern, Feuer- und Lebensversicherung, Arbeiterversicherung, Arbeiterorganisationen, gesellschaftliche Vereine, Eripamisse und Unterstufungen | 103,20 | 7,26 |
| 9. Anschaffungen für den Haushalt | 17,95 | 1,28 |
| 10. Andere Ausgaben | 64,93 | 4,52 |

Für Ernährung, Kleidung, Wohnung und Beleuchtung, also für den Lebensunterhalt im engeren Sinne werden 1113,23 M., gleich rund 80 Prozent aller Ausgaben aufgewendet, trotzdem die Familie nur aus drei Köpfen besteht. Es ist klar, daß für andere Zwecke nicht mehr viel übrig bleiben kann.

Die Ausgaben für geistige Bedürfnisse (Nr. 6) sind auch sehr gering. Der Posten Nr. 8 bezieht im einzelnen auf 19,43 Mark Steuern, 53,82 M. Krankenkassenbeiträge, 23,25 M. Verbandsbeitrag und 2,20 M. Beitrag für Sammlungen zugunsten streitend: bzw. ausgepörrter Arbeiter. Bei den „Andere Ausgaben“ sind 35,80 M. für eine Reise zum Besuch von Verwandten und 10 M. Entschädigung für Beaufichtigung des Kindes enthalten.

Das ganze Budget bietet ein Bild großer Entbehrungen. Wie mag es in kinderreichen Familien mit noch geringeren Einkommen ausfallen?

Korrespondenzen.

* **Mannheim.** Reichlichen Dividendenlegen hat das Geschäftsjahr 1906/07 den Unternehmern in unserem Industriegebiet gebracht. Aus den Geschäftsergebnissen der Aktiengesellschaften ist zu ersehen, daß der Arbeiter ein maßbringendes, rentables Ausbeutungsobjekt ist. Als und zu kommt man in den Berichten lesen, daß die Erhöhung der Arbeitslöhne als mildender Umstand herhalten mußte, daß nicht ein höherer Reingewinn erzielt wurde. Es waren Betriebe, wo es der Organisation gelang, festen Fuß zu fassen, wodurch allerdings das Einkommen der Aktionäre etwas geschwächt wurde. Daß die Herren Aktionäre trotzdem alle Ursachen hatten, mit den Ertragsrücklagen ihrer Arbeitsstätten zufrieden zu sein, geht aus folgenden Zahlen hervor. Es erzielten an Reingewinn:

| Firma: | Reingewinn 1906 | Dividende 1907 | Dividende 1907 |
|------------------------------------|-----------------|----------------|----------------|
| Reichs-Fabrik | 5 581 081,12 | 20 Proz. | 25 Proz. |
| Spezial-Gummi- und Zellulosefabrik | 2 361 924,- | 20 | 25 |
| Reichs-Gummi-Fabrik | 1 732 820,- | 19 | 20 |
| Reichs-leinwand-Fabrik | 1 556 573,- | 17 | 7 1/2 |
| Gummi- und Zellulose-Fabrik | 616 719,- | 7 | 10 |

Die Ausschüsse der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik wurden allen anderen Betrieben Befehlsbefugnisse zugewiesen. In der Reichs-Fabrik wurde ein namenhafter Fortschritt gegenüber dem Jahr vom Jahre 1906 nicht erzielt, was dem mangelnden Fortschritt der Arbeiter beizurechnen ist. Das gleiche trifft auch bei dem Reichs-Gummi-Fabrik zu. Die Unternehmungen mit der Organisation wurden von der Firma abgelehnt, mit dem Reingewinn wurden jedoch Unternehmungen gewirkt, deren Gewinn eine Erhöhung der Arbeitslöhne war. Bei der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik schlossen sich sämtliche 51 Arbeiterinnen der Arbeiterorganisation nach mehreren Versammlungen der Organisation an. Von der Organisationsleitung wurde durch Einwirkung eines Komitees eine Forderung der Arbeitszeit und eine allgemeine Erhöhung der Löhne angefordert. Die Firma blieb die Forderungen ablehnen. In einem Streit eingetreten, war wegen der jungen Organisationsfähigkeit der in Betracht kommenden Arbeiterinnen unklar, obwohl die bestehenden Lohnverhältnisse, 1,20 Mark für empfindliche Arbeiterinnen, dringend einer Aufbesserung bedürftig.

Die Bewegung bei dem Reichs-leinwand-Fabrik kann als ein Beispiel angesehen sein. Nach einer Arbeitszeitveränderung wurde eine entsprechende Lohnveränderung von 10 bis 12 Prozent erzielt.

Die Bewegung einzelner Kollegen, die so glücklich, daß durch einen Streik etwas erreicht werden konnte, konnte nicht angegeben werden, da gegen früher ein bedeutender Fortschritt gemacht ist.

Die Forderung der Arbeiterinnen durch Einwirkung der Arbeiterorganisation im Jahre 1906 erzielten, in welcher Hinsicht die Arbeiter befreit sind. Gestützt wird im oben Vertriebe ein Lohn von 1,20 M. Das Unternehmen wurde im vorigen Jahre von 2000 bis auf 10000 M. erhöht. Arbeiterorganisationen haben die Firma über die Vermehrung des Reingewinns, der ein Wert von 127 000 M. gegen das Vorjahr ansetzt, aus.

Es kommt allerdings in Betracht, ob die Firma es vermögen würde, den Lohnveränderungen nachzugehen. Im vorigen Jahre wurden von dem Reingewinn allein 24 000 M. für Gewerkschaften an Prämien mit 119 168 M. an Prämien an Arbeiterinnen ausbezahlt. Die Arbeiterorganisationen sind für diesen Zweck sehr geeignet.

Die Arbeiterorganisation in der Reichs-leinwand-Fabrik wurde von einem Komitee geleitet, das aus Arbeiterinnen bestand. Die Arbeiterinnen sind sehr glücklich, daß sie durch die Arbeiterorganisationen von den Arbeitgebern befreit sind.

Ausstände in kurzer Zeit beizulegen, so möchten wir doch nochmals dringend unsere Kollegen und Kolleginnen vor solchen unsinnigen Handlungen warnen.

Ein weiterer Mißstand bildet bei den Lohnbewegungen die nicht nach einheitlichen Normen geregelter Einreichungen von Lohnverträgen im Industriegebiet Mannheim-Ludwigshafen. Dadurch war es dem Sekretär des Arbeitgeberverbandes möglich, die Verwaltungsstellen Mannheim-Ludwigshafen gegeneinander auszuhebeln zu können. Dies muß unter allen Umständen vermieden und ein einheitlicher Lohnsatz für Arbeiter und Arbeiterinnen verwirklicht werden. Seitens der Gewerkschaften muß etwas mehr wie bisher Forderung sowohl mit den Arbeitgeberstellen, als auch mit den Bevollmächtigten der einzelnen Fabrikstellen genommen werden. Ein Vorwurf soll damit gegen den Gewerkschaften nicht erhoben werden, sondern wir erachten es für notwendig, daß zeitweilige Besprechungen mit den Funktionären gepflogen werden.

Das Hauptziel der Bewegung in unserem Bezirk ist unzweifelhaft das Loses Festlegen unserer Organisation. Der mächtigsten Organisation der Arbeitgeber steht eine auseinandergerissene, zerstückelte Organisation gegenüber. Die Organisationen der Bauhilfsarbeiter, Transport-, Metallarbeiter, Maurer, Hafnarbeiter, Tischler, Maler usw. haben sich schon längst zu mächtigen Bezirksorganisationen ausgegliedert. Wann werden endlich unsere Kollegen einsehen, daß der Zusammenbruch der unwilligen Fabrikstellen mit Mannheim ein Gebot der Naturnotwendigkeit ist?

Stettin. Auf dem Eisenwerk „Kerast“ in Krachwitz, zu dem eine große Zementfabrik und Ziegelei gehört, scheinen sich in letzter Zeit nach mancher Richtung hin sehr mißliche Zustände herausgebildet zu haben. Merkwürdig sollte man ohne weiteres annehmen, daß, wenn täglich ein oder zwei Gendarmen, wie hier, einen Betrieb bewachen, dort alles in bester Ordnung wäre und absolut nichts zu wünschen übrig bliebe; leider ist dem nicht so. Wohl haben diese Güter der Ordnung ein wachsam Auge außerhalb des Betriebes, und sobald sich etwas rotes, wenn auch nur in der Form einer Kranzschleife, zeigt, geht im Stur Schritt hinterher, um durch energisches Eingreifen zu verhindern, daß die Welt aus den Fugen geht. Wenn sich gar jemand erdreistet, durch Verteilung von Versammlungseinladungen an die Arbeiter diese zum Besuch der Versammlung aufzufordern, dann ist das ein ganz gefährliches Staatsverbrechen, und sofort wird einige Herren zur Stelle, um diese gemeingefährlichen „Verbrecher“ ungeschädlich zu machen. Handelt es sich aber um die Gesundheit oder gar um das Leben der Arbeiter innerhalb des Betriebes, dann wird nicht so genau auf die Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen gesehen.

Wenn dort etwas mehr mit Nachdruck seitens der Aufsichtsbehörde auf die Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen geachtet würde, dann könnten nicht so viele Unfälle und sogar schwere Unfälle vorkommen, wie sie leider zu verzeichnen sind. In letzter Zeit verunglückte der Kollege Ladert tödlich, indem er in den Kanal stürzte. Erst nach längerer Zeit wurde man auf sein Fernbleiben von der Arbeit aufmerksam und nach längerem Suchen fand man nur noch die Leiche des Kollegen. Hätte die Aufsichtsbehörde einmal bei Nacht den Betrieb einer Prüfung unterzogen, dann würde sie sofort gesehen haben, daß an Beleuchtung des Betriebes mehr, als zulässig, gearbeitet worden ist. Ebenfalls wird sich bei näherer Untersuchung herausstellen, daß die Abortanlagen durchaus nicht den Verhältnissen genügen und auch bei Benutzung die Gesundheit der Arbeiter aufs äußerste gefährdet ist. Wenn die Arbeiter, die auf den Höfen beschäftigt sind, sich weigern, in aller Eile diese benutzen wollen, sind sie stets einer äußerst scharfen Prügel ausgesetzt. Die Fabrikleitung ist aufs äußerste bestrebt, die Arbeiter durch Versprechungen und, wo diese nicht fruchten, durch Drohungen zurückzuführen. Die Organisation ist dem Herrn Direktor Grau ein Dorn im Auge. Über auch all sein Loben gegen die Organisation wird ihm nichts nützen, auch er wird noch seine Ohnmacht einsehen und gute Miene zum bösen Spiel machen müssen. Der prozentuale Standpunkt, den der gute Mann im Winter bei den Verhandlungen mit den Kommissionen einnahm, hat jedenfalls mehr dazu beigetragen, die Arbeiter in die verhasste Organisation hineinzutreiben, mehr als die aufgesetzten Reden der Führer. Wenn die Arbeiter auch nicht das erreicht haben, was sie wünschen, so sind doch keine Vorteile zu verzeichnen gewesen. In den Arbeitern allerdings liegt es, durch den Ausbau der Organisation sich noch mehr Vorteile zu eringen. Mit aller Kraft muß dahin gearbeitet werden, daß jeder einzelne bis auf den letzten Mann der Organisation zugeführt wird. Der Versuch der Fabrikleitung, die Gelübde in die Fabrik einzuführen, muß mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu jähenden gemacht werden. Die Kollegialität, das gemeinsame Zusammenarbeiten muß mehr, als es leider bis jetzt der Fall gewesen ist, gefördert werden. Wenn jeder einzelne in diesem Sinne für die Organisation arbeitet, an der Aufbaumarbeit sich beteiligt, dann werden trotz allen Lobens des Direktors Grau an Stelle der jammervollen Verhältnisse bessere geschaffen werden.

Herbst. Montag, den 23. September, hatten die Arbeiter der Dampfzweigleise von B. Güstige hier die Arbeit niedergelegt. Der Grund war folgender: Die Maschinenarbeiter, welche sonst beim Kauersteinemachen immer in Miford arbeiten, sollten die ganze Woche hindurch Drainageröhren herstellen, und zwar in Tagelohn. Dies bedeutet einen Lohnausfall von 8-10 M. die Woche. Der Stundenlohn beträgt 30 Pf. Somit wurden jede Woche ein oder zwei Tage Röhren fabriziert. Da war der Lohnausfall nicht so erheblich. Um letzteres zu verhindern, wurden die Kollegen vorzeitig. Bei Ablegung wünschten sie Erhöhung des Stundenlohnes. Als Antwort erging die Entlassung des betreffenden Kollegen, welcher diese Wünsche der Arbeiterschaft beim Besitzer vorgetragen hatte. Hieran legten sämtliche Arbeiter - ungefähr 35 Mann - die Arbeit nieder. Durch das Eingreifen des Kollegen Erich wurde am folgenden Tage unter nachstehenden Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen: Die Maschinenarbeiter erhalten 35 Pf. die Arbeiter und Erdbelader 30 Pf. pro Stunde. (Früher 27 Pf.) Die Entlassung des entlassenen Kollegen wurde leider nicht durchgeführt.

Rundschau.

Ausperrungswirkungen. Nach dem Bericht der Dresdener Handelskammer gibt die Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Gebrüder Seif an, daß die vorjährige geringe Dividende auf die Verluste zurückzuführen ist, die durch die Aussperrung der Metallarbeiter in Dresden und Umgebung entstanden sind. Hoffentlich befreit die Firma das Wort: Durch Schaden wird man klug!

Die Einwirkung des Alkoholismus auf die Persönlichkeit. Professor v. Heckerer bepricht in seiner Schrift „Die Persönlichkeit und die Bedingungen ihrer Entwicklung und Gesundheit“ (Stuttgart 1906) die Einwirkungen des Alkoholismus auf die Persönlichkeit. Nach ihm trägt der Alkoholismus, dessen enorme Ausbreitung in der Gesellschaft allgemein bekannt ist, sicher den Keim des Persönlichkeitszerfalls in sich. „Der Trinker ist ein Mensch mit unempfanglicher (Aufsicht), mit verminderter sittlicher Kraft, mit geschwächter Willensstärke. Er hat alle Eigenschaften, die den Verfall der Persönlichkeit anzeigen. In dem ersten Stadium seiner Einwirkung auf den Organismus lähmt der Alkohol die moralische Sphäre, unterdrückt die ethischen Aufbaumgen und führt zu einer stillosen Verrohung der Persönlichkeit. Im weiteren Verlauf bedingt der Alkohol ein Einlen von Wille und Intellekt und führt im Gebanlenleben zu einem Übergewicht der äußeren Affektionen (Gedanlenverbindungen) über die inneren. So wird vermehrter Alkoholismus in einer Verrohung zu einer sozialen Not, bei welcher die Fähigkeit der Arbeit, Selbstkontrolle und der Vergebung gegen die Sittlichkeit unwirksam gemacht. Alkohol lähmt Gefühl, Verstand und Willen, unterdrückt die Grundgesetze der Persönlichkeit, ist eine der ersten Ursachen von Geisteskrankheit und Entartung. Die Gefahr des Alkoholismus ist um so größer, als er die Gesellschaftsbeziehungen keineswegs schont. Die massenhaften Verluste an Genies und Talenten auf dem Gebiete der Literatur, der Wissenschaft, der Kunst, der Politik, die die Menschheit der verwerflichen Wirkung des Alkoholismus verbannt, stellen die Staatsregierungen vor einer Aus-

beutung der Trunksucht zu schließlichen Zwängen abhalten. Man darf dabei nicht vergessen, daß der Alkohol begabte Naturen unmerklich, ganz allmählich untergräbt, jedoch ihren Schöpfungen einen ganz bestimmten Zug aufsprägt. Der chronische Alkoholismus vermindert das schriftstellerische Talent, bemerkt Viktor, aber berufsmäßige Schriftsteller legen die zur Schablone gewordene Fähigkeit oft noch in der zweiten Phase fort, wobei freilich das Pathologische in ihren Leistungen offen zutage tritt. Der Niedergang des literarischen Vermögens ist dann nicht aufhaltbar.“

Für den Bau des Panama-Kanals sind nach dem mit dem 1. Dezember 1906 abschließenden Jahresberichte der Isthmian-Kanal-Kommission die Vorbereitungsarbeiten erledigt, so daß der Bau des Schleusenkanals mit 26 Meter über dem Meeresspiegel liegender höchster Wasserhaltung jetzt schon begonnen ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte, wie schon im vorigen Jahresberichte mitgeteilt war, zuerst ihr Augenmerk darauf gerichtet, die Baustrecke zu sanieren, um für die beim Bau tätigen Arbeiter und Angestellten günstigere Lebensbedingungen zu schaffen. Durch geeignete Entwässerungsanlagen, Vertiefung der Sechsmägen usw. hat man es soweit gebracht, daß die gesundheitlichen Verhältnisse dieser Gegend denen anderer Länder auf demselben Breitengrade nicht nachstehen. Die gefährlichste Krankheit, die unter den Angestellten der alten französischen Kanalbau-Gesellschaft zahlreiche Opfer forderte, das gelbe Fieber, ist in den letzten Jahren völlig gebannt worden, obwohl in so große Menschenmengen wie jetzt noch nie dort gearbeitet haben. Auch die Zahl der Opfer anderer Krankheiten hat sich stark gemindert. Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Oktober 1906 kamen unter den weißen Angestellten nur 17,5 Todesfälle auf je 1000 Personen vor, unter den schwarzen rund 53 Proz. Wesentlich dabei mitgeholfen haben auch die Einrichtungen für die Unterkunft der Angestellten und Arbeiter. Es sind Häuser für Verheiratete und Unverheiratete in umfangreichem Maße erbaut worden. Im November 1906 waren annähernd 17 000 Personen beim Bau beschäftigt. Außerdem waren noch schwarze Arbeiter vorhanden, die jedoch nicht regelmäßig arbeiteten. Mit diesen betrug die Zahl der durchschnittlich Beschäftigten im letzten Jahre etwa 25 000. Die Verwaltung hat übrigens mit den von den umliegenden tropischen Inseln eingeschifften schwarzen Arbeitern weiter nur schlechte Erfahrungen gemacht, sodaß sie dazu überging, Arbeiter aus dem nördlichen Spanien bei den Erdbarbeiten in größerer Menge zu beschäftigen. Diese haben sich bisher gut bewährt. Um weitere „geeignete Arbeitskräfte“ zu gewinnen, beabsichtigt man, eine große Anzahl Spanier einzuführen, die Stundenlöhne von 9 bis 11 Cent (25 bis 45 Pf.) erhalten sollen. Die Arbeitszeit ist von 10 Stunden auf 8 Stunden pro Tag heruntersetzt.

Die bisher bewältigten Erdbarbeiten waren nur vorbereitend, weil man sich über die Art des herzustellenden Kanals erst jetzt schlüssig geworden ist. Im Culebra-Einschnitt wurden die Vorkämpfer so vorbereitet, daß sie zur Aufstellung einer großen Menge von Erdbarbeiten ohne weiteres geeignet sind. Zum Zwecke der Wahrung der ausgehobenen Erd- und Steinmassen sind zu beiden Seiten der Kanalstrecke Eisenbahngleise angelegt. Die im September 1906 der Bauunternehmung zur Verfügung stehenden 46 Dampf-Erdbagger förderten in der Berichtszeit 1 147 500 Kubikmeter. Die Leistungsfähigkeit der Panama-Eisenbahn ist auf das Doppelte erhöht worden.

Verbandsnachrichten.

Bom 1. Oktober ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

- Möge 236,64. Bunzlau 234,64. Holzweißig 225,74. Plaua a. S. 209,04. Freudenwalde 160,62. Hohenheim 98,36. Salzwedel 14,40. Postabonnement 40,64. Penig 390,54. Neudamm 159,88. Lindenbergr 33,80. Schleuditz 800,-. Offenbach 600,-. Mainz 512,18. Rippertieg 308,82. Nossen 128,22. Schleuditz 69,06. Jockgrim 21,88. Papenburg 21,98. Mittenwalde 14,72. Nürnberg 600,-. Magdeburg 548,43. St.-Wittenberg 350,-. Oppau 349,28. Hirschfeld-Geb. 285,26. Landsberg a. W. 194,82. Zell i. B. 122,90. Waldheim 120,10. Obergleina 113,16. Witten 100,-. Strelitz 69,34. Kolmar 20,-. Caputh 3,84. Stuttgart 3,90. Schwaan 301,17. Wollstein 148,-. Vorsh 126,11. Colbitz 87,92. Speyer 411,-. Neustadt a. S. 379,56. Schiffel 297,34. Fußgönheim 101,60. Harburg 77,02. Wriezen 64,50. Elsterwerda 48,85. Geiselsdorf 46,50. Frankenthal 3,90. Nürnberg 200,-. Penig 1,80. Seelze 2,70. Marne 434,-. Wadenhausen 348,56. Mengersdorf 200,-. Eilenburg 93,82. Kassel 3,45. Plauenischer Grund 665,04. Chemnitz 200,-. Ramenz 117,82. Neudamm 0,75. Köpenick 776,72. Stuttgart 750,-. Kaiserlautern 520,-. Pries 210,30. Bernigerode 145,16. Triebes 130,84. Lunzenau 100,72. Warin i. W. 100,68. Zehdenitz 71,41. St.-Krohenburg 67,30. Wied a. W. 42,50. Meinsberg i. W. 31,04. GutsMuths 26,78. Ebershausen 2,40.

Schlus: Montag, 7. Oktober, mittags 12 Uhr.
Fr. Brunz, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen:
Einzelmitgliedschaft Oberschleffen. Zur Erhebung eines Extrabeitrages von 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.
Nr. 29 331, ausgeleitet am 1. Juli 1899 in Meissen auf den Namen Heinrich Herzog.

Ver- Adressen und Adressen-Änderungen.

- Wier. Herr u. Guisge, Müllerstraße 10.
- Deffau. Bureau: Kochstetterstraße 9.
- Elsterwerda. Franz Facklin, Mühlengasse 9.
- Erlangen. Elzner, Gledaststraße 6.
- Krenz a. d. Ostbahn. Ernst Weidemann, Dragomühle bei Krenz a. d. Ostbahn.
- Mühlentel. August Debert.
- Plauen i. V. H. Helgott, Haasbrunnenstraße 120, Ede.
- Salzwedel. (Gar 1.) Friedrich Rüdiger, Große Pagenbergstraße 9.
- Schleuditz. Fr. Doege, Leipzigerstraße 18.
- Schönberg. Joh. Müller, Waldstraße 145.
- Wetzshau. Joh. Kersten, Spreewaldstraße 26. Unterstützung wird Sonntags ausgehahlt.

Inserate.

Zahlstelle Dessau und Umgegend.
Achtung! Zahlstelle Dessau und Umgegend. Unseren werben Mitglieder hierdurch zur Kenntnis, daß sich unser Bureau Kochstetterstr. No. 9 befindet. Erreichbar von vorn 9-11 Uhr und nachm. von 5-7 Uhr. Die Erwerbslosen-Unterstützung wird Sonnabends von 9-11 Uhr ausgehahlt. Alle dringenden Angelegenheiten sind sofort im Bureau zu melden. 1,50 M. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Hannover.
Freitag, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Wahlf“:
Generalversammlung

Bezirksversammlungen
finden statt am Sonnabend, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, im „Wälfers Biergarten“ für Gähren-Wälfers; bei Bohmann für Limmer; in Meyers Garten für Wälfers. 1,80 M. Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Seelze.
Die nächste Mitglieder-Versammlung wird am 15. Oktober abgehalten. Da wichtige Punkte zu erledigen sind, so wird um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht. Mitgliedsbücher sind vorzubringen. 1,35 M. Die Bevollmächtigten.